

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **07.03.2024** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/026

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:10 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:07 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:25 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Apel, Robert ab TOP 3

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario
Müller, Malte
Schweer, Cord-Heinrich bis TOP 3

Grundmandat

Bierkamp, Dirk bis TOP 5
Fleischmann, Michael ab TOP 3

stellv. Mitglied/Mitglieder

Degro, Johanna ab TOP 3
Vertretung für Frau Susanne Paul
Hinz, Gerald Vertretung für Herrn Arne Hinz
Kicza, Tanja Vertretung für Frau Ariane Thieleking

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Pracht, Klaus, Dr. Vertretung für Herrn Stefan Auerbach

Beratende/s Mitglied/er

Wackermann, Lutz
Wortmann, Thomas

Verwaltung

Altarsha, Hazem ab TOP 3 bis zum Ende öffentlicher Teil
Elias, George bis zum Ende öffentlicher Teil
Fritz, Petra ab TOP 3
Frommelt, Danielle
Krause, Julia
Vollmert, Claudia bis TOP 3.1

Gäste:

Frau Janssen
Frau Rolle

shp Ingenieure (zu TOP 3, 3.1)
shp Ingenieure (zu TOP 3, 3.1)

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 18.01.2024
3. Ausbauprogramm der K121 (Vor dem Celler Tor) zwischen Wasserwerksweg und Sorgenser Grundweg - Vorstellung durch das Büro SHP Ingenieure
- 3.1. Ausbauprogramm der K 121 (Vor dem Celler Tor) zwischen Wasserwerksweg und Sorgenser Grundweg
Vorlage: BV 2023 0648
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Änderung der Parkgebühren aufgrund des § 2b UStG sowie freies Parken für E-Fahrzeuge
Vorlage: M 2024 0715
- 4.1.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt" vom 17.02.2024
Vorlage: A 2024 0728
- 4.2. Bahnprojekt Hamburg - Bremen/Hannover
Kernforderungen der Stadt Burgdorf (Ratsbeschluss vom 23.02.2023)
- aktueller Sachstand
Vorlage: M 2024 0721
- 4.3. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/7
5. Antrag der SPD Fraktion zur Entschärfung von kritischen Straßenquerungen
Vorlage: A 2024 0716
6. Kreuzung Ostlandring/Uetzer Straße - Einstellung der Umbaupläne zum Kreisverkehrsplatz, Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2024
Vorlage: A 2024 0727
7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
8. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Braun schlägt vor, dass die Mitteilungsvorlage zur „Änderung der Parkgebühren“ (M 2024 0715) zusammen mit dem Antrag zur „Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt“ (A 2024 0728) beraten wird, da diese thematisch zusammengehören. Dies findet Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 18.01.2024

Frau Degro und Herr Apel sind zum Zeitpunkt der Abstimmung noch nicht anwesend.

Einstimmig (3 Jastimmen und 3 Enthaltungen) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 18.01.2024 wird genehmigt.

3. Ausbauprogramm der K121 (Vor dem Celler Tor) zwischen Wasserwerksweg und Sorgenser Grundweg - Vorstellung durch das Büro SHP Ingenieure

Frau Rolle vom Büro SHP Ingenieure stellt die Ausbauplanung vor. *Die Präsentation ist aus ökologischen Gründen nur im Bürgerinformationssystem unter www.burgdorf-ratsinfo.de/bi zu dieser Sitzung abrufbar sowie dem Originalprotokoll als **Anlage 1** beigelegt.*

Der 1. Bauabschnitt ist bereits fertiggestellt. Dieser Querschnitt wird im weiteren Verlauf in reduzierter Form übernommen, da die Breite der Straße nicht mehr zulässt. Im Bereich der Feuerwehr gibt es aktuell eine fußläufige Verbindung zum Parkplatz, die beim Ausbau als Zufahrt hergestellt werden soll. Dadurch kann die bisherige Zufahrt für die Einsatzfahrzeuge genutzt werden.

Vor Parlasca soll der vorhandene Parkstreifen verlängert und verbreitert werden, damit dort zukünftig auch LKWs halten können, ohne den Fahrradschutzstreifen zu blockieren.

Frau Frommelt erläutert, dass es in Bezug auf die LKW-Verkehre bei Parlasca Bedenken für die Sicherheit der Schüler*innen gegeben hat. Der Parkstreifen wurde damals für Nutzende des Werkverkaufes angelegt. Dieser

wurde in die Mühle verlegt. Daher wird der Parkstreifen nunmehr von den anliefernden LKWs genutzt. Diese melden sich im Büro und werden dann entsprechend beim Rückwärtsfahren eingewiesen. Der Parkstreifen soll daher für zwei wartende LKWs ausgelegt sein.

Die Planung der LSA wird von **Frau Janssen** (SHP Ingenieure) vorgestellt. Die Besonderheit besteht darin, dass die Einsatzfahrzeuge Vorrang haben sollen. Wenn die Phase für Einsatzfahrzeuge freigegeben ist, dann werden alle anderen Signale auf „rot“ geschaltet, damit keine Konflikte entstehen. Bei den anderen Ampelphasen werden die zu Fußgehenden nicht parallel mit dem Kfz-Verkehr geschaltet, um auch hier Konflikte zu vermeiden.

Eine Unsicherheit besteht seitens der Ausschussmitglieder bei der Anbindung des Radverkehrs aus bzw. in Richtung Süden und Südosten.

Herr Schweer verweist auf die Eingabe der BI Sicherer Schulweg für Hülptingsen, die der Beschlussvorlage beigelegt ist, und welche die Abfahrt über die Adolf-Michelssen-Straße in Frage stellt. Er möchte wissen, was passiert, wenn der Fall tatsächlich eintritt und die Schulkinder sich nicht regelkonform verhalten. Ist die gegenläufige Freigabe des Radweges bis zum Sorgenser Grundweg nicht doch eine Möglichkeit?

Frau Vollmert erläutert, dass gegenläufiger Radverkehr immer ein hohes Risiko darstelle und verweist auf die entsprechende Stellungnahme in der Vorlage. In dem Bereich liegt zudem die Zufahrt der Feuerwehr.

Eine Machbarkeitsstudie soll prüfen, wie die Radfahrenden von Osten und Süden an die Rudolf-Bembenneck-Gesamtschule (RBG) geführt werden können, abseits der Straße "Vor dem Celler Tor". Daher wird diese Variante auch nicht Ziel der Machbarkeitsstudie sein. Sowie der Förderbescheid vorliegt, wird der Auftrag für die Studie vergeben. Aktuell geht sie davon aus, dass mit der Planung dazu nach den Sommerferien begonnen werden kann.

Herr Gawlik ist der Meinung, dass eine optimale, kurze Verkehrsführung erfolgen und damit eine Angebotsplanung eines gesicherten Schulweges für die Kinder geschaffen werden sollte. Weiterhin erkundigt er sich nach dem Umsetzungszeitraum. **Frau Frommelt** antwortet, dass der Ausbau bis zum Schulanfang noch nicht fertiggestellt ist.

Herr Fleischmann lehnt die Planung ab, da seiner Meinung nach neue Unfallschwerpunkte geschaffen werden. Vorhandene Routen müssen überprüft werden, da grundsätzlich der kürzeste Weg von den Radfahrenden genutzt wird.

Herr G. Hinz verweist auf einen Trampelpfad, der sich zwischen Flüchtlingswohnheim und Sorgenser Grundweg entwickelt hat. Er regt an, diesen Weg zu nutzen und entsprechend auszubauen. **Frau Frommelt** teilt mit, dass diese Variante bereits geprüft wurde.

Nachrichtlich über Protokoll:

Ergebnis der Prüfung: In 2020 wurde diese Wegeverbindung bereits von der Abteilung Tiefbau verwaltungsintern zur Diskussion gestellt. Ohne B-Plan-Änderung wäre eine Wegeführung nur mit Zustimmung der Nutzer (Flüchtlingswohnheim) möglich. Damals wurde eine Wegeverbindung abgelehnt. Es wird im Rahmen der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie diese Option erneut geprüft und das Gespräch gesucht.

Herr Wackermann ist ebenfalls der Meinung, dass entlang der Straße „Vor

dem Celler Tor“ nur richtungstreue Radwege eingerichtet werden sollten. Bei einer gegenläufigen Freigabe sieht er ebenfalls ein hohes Risiko. Allerdings würde er einen Entlastungsweg, wie z. B. hinter der Feuerwehr, als Bypass empfehlen.

Die Nutzung des Feuerwehrgeländes im vorderen Bereich für einen Gehweg ist laut **Frau Frommelt** nicht möglich, da dies der B-Plan nicht zulässt. **Herr Gawlik** fragt nach, ob eine B-Plan-Änderung dafür angestrebt werden kann.

Herr Apel findet, dass das Ergebnis der Machbarkeitsstudie in den Ausbau einfließen sollte. **Frau Vollmert** erläutert, dass die Studie die Prüfung beinhaltet, auf welchem Wege die beste Radwegführung bis zum Sorgenser Grundweg erfolgen kann. Ein heutiger Beschluss zum Ausbauprogramm steht dem nicht entgegen. Der Straßenkörper ist vorgegeben, so dass die Querschnitte nicht groß verändert werden können. **Herr Wackermann** rät, dass die Machbarkeitsstudie auch die Adolf-Michelssen-Straße einbezieht.

Aktuelle Informationen zur Interimslösung Fahrradstraße

Frau Frommelt berichtet, dass ein Vor-Ort-Termin stattgefunden hat. Das Ergebnis ist eine mobile Lichtsignalanlage für den Fuß- und Radverkehr auf Höhe der Polizei/Wasserwerksweg, welche bereits mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt ist. Weiterhin soll ein Bereich mit Tempo 30 ausgewiesen werden. Die Verkehrsbehörde steht diesem Wunsch positiv gegenüber, der konkrete Bereich ist aber noch abzustimmen.

Der Parkstreifen bei Parlasca soll schon jetzt ausgebaut werden, damit dieser Bauabschnitt komplett abgeschlossen ist.

Herr Wackermann fragt nach, warum nicht zwei mobile LSA aufgestellt werden können. **Frau Frommelt** informiert, dass eine zweite LSA nicht vom Straßenbaulastträger finanziert wird. Diese Kosten müssten dann von der Stadt getragen werden. Sie sichert eine Prüfung zu.

Frau Frommelt sichert weitere bzw. konkretere Informationen für die nächste Sitzung im April zu.

Herr G. Hinz weist darauf hin, dass die Wallgartenstraße tagsüber sehr zugaparkt wird. Er sieht hier Probleme mit dem Schulverkehr und regt an, entsprechende Parkflächen auszuweisen oder teilweise Parkverbot anzuordnen, um Lücken zu schaffen. **Frau Frommelt** sichert eine Prüfung zu.

3.1. Ausbauprogramm der K 121 (Vor dem Celler Tor) zwischen Wasserwerksweg und Sorgenser Grundweg Vorlage: BV 2023 0648

Zur Diskussion – siehe TOP 3.

Herr Schweer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht mehr anwesend.

Einstimmig fassen die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Ausbau der K 121 (Vor dem Celler Tor) zwischen Wasserwerksweg und Sorgenser Grundweg soll, wie im Ausbauprogramm dargestellt, erfolgen.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Frommelt informiert, dass bei den Verkehrsschildern „verkehrsberuhigter Bereich“ die Zusatzschilder abgängig sind. Da die Schilder nunmehr den Verkehrsteilnehmenden bekannt sind, sollen die Zusatzschilder nicht mehr ersetzt werden. Diese werden ersatzlos abgebaut, wenn sie nicht mehr leserlich sind.

4.1. Änderung der Parkgebühren aufgrund des § 2b UStG sowie freies Parken für E-Fahrzeuge Vorlage: M 2024 0715

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. Des Weiteren wird auf TOP 4.1.1 verwiesen.

4.1.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt" vom 17.02.2024 Vorlage: A 2024 0728

In der Mitteilungsvorlage kündigt die Verwaltung an, eine Änderung der ParkGO in der zweiten Jahreshälfte 2024 in die Beratung zu geben. Daher wird die Mitteilungsvorlage gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten.

Herr Braun stellt den Antrag seiner Fraktion vor. Die genannten Preise sind Richtwerte und können noch diskutiert werden.

Herr Fleischmann lehnt den Antrag ab.

Herr Bierkamp teilt mit, dass die genannte Summe von 2 €/halbe Stunde nicht umsetzbar ist. Das würde die Geschäfte in der Innenstadt schwächen.

Herr G. Hinz findet den Antrag zurzeit nicht sinnvoll. Erst müssen die Ergebnisse des Verkehrsversuches abgewartet werden.

Herr Gawlik bittet darum im Vorfeld zu klären, ob man mit zwei Tarifzonen arbeiten kann und wie es in den Umlandkommunen praktiziert wird.

Zu dem Antrag wird kein Beschluss gefasst. Die Beratung wird erst wiederaufgenommen, wenn der Verkehrsversuch durchgeführt wurde.

Der Antrag wird entsprechend vertagt.

**4.2. Bahnprojekt Hamburg - Bremen/Hannover
Kernforderungen der Stadt Burgdorf (Ratsbeschluss vom 23.02.2023)
- aktueller Sachstand
Vorlage: M 2024 0721**

Herr Gawlik informiert, dass er bezüglich der diversen Internetauftritte zu dem Thema Kontakt mit der Stadtplanung aufgenommen hat. Damit die Informationen allen zur Verfügung stehen, bittet er um Versendung an alle Ratsmitglieder.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die E-Mail wurde am 11.03.2024 zur Information an alle Ratsmitglieder verschickt.

**4.3. Sachstandbericht Verkehrsversuch
Vorlage: M 2023 0400/7**

Frau Kicza erkundigt sich, ob die Baumaßnahmen Mitte März in der Gartenstraße auch mit dem Verkehrsversuch zusammenhängen. **Frau Frommelt** informiert, dass diese zwar mit der Stadtverwaltung abgestimmt wurden, allerdings nicht im Zusammenhang mit dem Verkehrsversuch stehen. Dies ist eine Maßnahme der Leitungsträger.

Herr Müller fragt nach, ob die Vergabe der Markierungsarbeiten / Schilder wie geplant erfolgt ist. **Frau Frommelt** antwortet, dass der Auftrag erteilt wurde. Lt. Terminplan soll das rechtzeitig fertig sein.

Herr Braun möchte wissen, ob der Krankenstand beim Planungsbüro doch noch zu Verzögerungen führen könnte. **Frau Frommelt** teilt mit, dass seitens PGT zugesichert wurde, dass der Zeitplan eingehalten wird.

Herr Apel fragt, ob der Vertrag mit PGT Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung beinhaltet. Dies verneint **Frau Frommelt**, das sei auch nicht üblich. Schlimmstenfalls könnte es zu einer Verzögerung kommen, aber nicht zu einem materiellen Schaden.

Herr Fleischmann erkundigt sich, welche Maßnahmen getroffen werden, damit der Verkehrsversuch zu einem Erfolg wird. **Herr Apel** weist darauf hin, dass der Verkehrsversuch ergebnisoffen durchgeführt wird. Es ist ein „Versuch“, ob mit Erfolg – eine optimierte Verkehrsführung – oder mit anderen Ergebnissen, wird man dann sehen.

**5. Antrag der SPD Fraktion zur Entschärfung von kritischen Straßenquerungen
Vorlage: A 2024 0716**

Herr G. Hinz stellt seinen Antrag vor. Beide Stellen sollen sicherer gestaltet werden. Dabei muss es sich nicht um eine LSA handeln, er wäre auch für andere Lösungen offen.

Frau Frommelt antwortet, dass die Verwaltung für den Bereich Duderstädter Weg / Ostlandring eine LSA gesteuerte Querung anstrebt. Voraussetzung dafür

sind jedoch gewisse Querungszahlen. Deswegen wurden bereits schon des Öfteren Zählungen durchgeführt. Wenn das Wetter besser ist, soll eine erneute Zählung stattfinden.

Weiterhin teilt **Frau Frommelt** mit, dass auch an der Schillerslager Straße eine Zählung erfolgen muss. Je nach Ergebnis könnte ein Fußgängerüberweg oder eine LSA in Frage kommen, was jedoch mit dem Straßenbaulastträger abzustimmen ist.

Frau Kicza weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass an den beiden Verbindungswegen sog. Drängelgitter aufgestellt sind. Diese sind für Lastenräder oder auch für Räder mit Anhänger zu eng. **Frau Frommelt** sichert eine Überprüfung zu.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die beiden Kreuzungen

- 1. Duderstädter Weg / Ostlandring**
- 2. Fußweg nördlich Wohnbebauung Weststadt und Gewerbegebiet Nordwest/Schillerslager Straße (B443)**

Vorschläge zu entwickeln, wie diese für kreuzende zu Fuß gehende und Radfahrende sicherer als bisher gestaltet werden können.

- 6. Kreuzung Ostlandring/Uetzer Straße - Einstellung der Umbaupläne zum Kreisverkehrsplatz, Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2024
Vorlage: A 2024 0727**
-

Herr Braun stellt den Antrag vor und berichtet, dass es bisher noch nicht zu dem prognostizierten Rückstau an der Kreuzung gekommen ist.

Frau Frommelt teilt mit, dass die Bautätigkeiten auf dem Acribo-Gelände noch nicht abgeschlossen sind. Somit kann man aktuell nicht sagen, ob die Kreuzung die Verkehrsmengen tatsächlich bewältigen kann. Sie schlägt daher vor, die Planungen zur Umgestaltung jetzt noch nicht einzustellen, sondern lediglich zurückzustellen. Wenn alle Bauvorhaben fertiggestellt sind, kann man erneut prüfen, ob es bei der Kreuzung mittels Lichtsignalsteuerung zu Problemen kommt. Erst dann sollte man die Planungen ggf. einstellen.

Herr Wackermann ist auch der Meinung, dass man den Verkehr insgesamt vom Acribo-Gelände betrachten muss. Dazu ist es erforderlich, dass alle Gebäude fertiggestellt sind. Für die weitere Planung muss außerdem der Schülerverkehr zur IGS berücksichtigt werden. Allerdings schlägt er vor, die Möglichkeit des Grunderwerbs in jedem Fall weiterzuerfolgen, um die Lösung offen zu halten.

Weiterhin bittet **Herr Wackermann** darum, auch die Einmündung der Straße im Bereich RegioBus wie die anderen umzubauen.

Herr Fleischmann befürwortet den Antrag nicht. Es muss ein sicherer Schulweg für die Schüler der IGS geschaffen werden. **Herr G. Hinz** antwortet, dass die Schüler auch jetzt schon mit der LSA einen sicheren Überweg nutzen können.

Herr Gawlik teilt mit, dass ein erwarteter Rückstau zu den KVP-Planungen geführt hat. Dies ist noch nicht eingetreten. Daher befürwortet er ebenfalls eine Rückstellung der Planungen. Vielleicht reicht eine spätere Optimierung der LSA für die Verkehrsmengen aus.

Herr Braun modifiziert den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass zunächst keine Ein- sondern eine Rückstellung der Planungen zur Umgestaltung erfolgen soll und lässt über den so geänderten Antrag abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig (5 Jastimmen und 2 Enthaltungen) folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Planungen zur Umgestaltung der Ampelkreuzung Ostlandring/Uetzer Straße werden aktuell zurückgestellt. Wenn das Acribo-Gelände vollständig bebaut ist, wird geprüft, ob ein Umbau zum Kreisverkehrsplatz noch notwendig ist.

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

8. Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Gawlik verweist auf die neue Fahrradabstellanlage am Bahnhof. Leider wird diese noch nicht so gut angenommen. Viele Räder werden noch am Bahnhofsvorplatz abgestellt. Die Nutzer sollten angeregt werden, die neue Anlage zu nutzen.

Nachrichtlich über Protokoll:

Es sollen Handzettel an die Nutzer verteilt werden, um insbesondere auf die neue Fahrradabstellanlage hinzuweisen.

Einwohnerfragestunde

1. Ein Bürger erkundigt sich nach dem Ziel des Antrages, die Parkgebühren in der Innenstadt auf 2 € zu erhöhen. Seiner Meinung nach, macht es die Innenstadt noch unattraktiver. **Herr Braun** erläutert, dass die Innenstadt dadurch autofreier werden soll und nicht mehr so viel Parksuchverkehr auf der Marktstraße stattfindet. Die Höhe sollte nur ein Denkanstoß sein.

Der Bürger möchte zu dem wissen, ob auch die Parkplätze auf der Hochbrücke bewirtschaftet werden sollen. **Herr Pollehn** antwortet, dass dort oft Mitarbeitende aus der Innenstadt parken.

2. Ein Bürger berichtet, dass in der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ dicht am Kreuzungsbereich geparkt wird und die 5 m Mindestabstand dadurch nicht eingehalten werden. Er fragt nach, ob die Stadtverwaltung dort Kontrollen durchführen kann. **Frau Frommelt** teilt mit, dass die Bitte um Kon-

trolle an die Abteilung Ordnung weitergegeben wird.

3. Ein weiterer Bürger interessiert sich für die Radfahrplanung zur IGS und verfolgt die Beratungen dazu. Ihm fehlt allerdings eine öffentliche Information darüber, wie viele Rad fahrende Schüler*innen es geben wird. Es werden sichere Übergänge geschaffen, aber er meint, dass die Schüler*innen sich in den Stoßzeiten selten an Regeln halten. Seines Erachtens werden diese sich ihre eigenen Wege suchen. Daher sollte die Verwaltung einen praktikableren Ansatz wählen.

In dem Zusammenhang verweist er auch auf den schlechten Radweg zwischen Burgdorf und Otze und möchte wissen, warum die Stadt diesen Zustand so duldet. Auch der Radweg am Läuferweg ist in keinem guten Zustand, obwohl es ein wichtiger Zubringer ist. Seiner Meinung nach bekommen die Schüler*innen keine guten Alternativen aufgezeigt.

Er bemängelt, dass von den sog. Elterntaxis gar keine Rede ist. Er findet, dass die Grundlagen einer Verkehrsplanung fehlen.

Frau Frommelt antwortet, dass sich über die Anbindung der IGS schon sehr lange Gedanken gemacht werden. Jedes Schuljahr ändern sich die Schülerzahlen. Zum Anfang der Planung wurde jedoch eine Zahl ermittelt, mit der in die Planung eingestiegen wurde.

Die Elterntaxis wurden bei der Planung berücksichtigt. Diese werden auf das Schulgelände geleitet, dort ist ein entsprechender Haltebereich vorgesehen.

Herr Pollehn ergänzt, dass noch weitere Ausbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der IGS folgen werden. Ein solches Projekt gab es in der Größenordnung noch nicht. Es erfolgt eine sukzessive Umsetzung von diversen Maßnahmen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin